

11. SEP. 1962

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVII/185

Bonn, den 11. September 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Unnötig</u> Zu Grewes Abgesang in Washington	36
2 - 3	<u>Leise Wahlovertüren in Bayern</u> Kuriositäten aus dem Vorwahlkampf	54
3 - 4	<u>Blick auf Belgrad</u> Vorbereitung für das Treffen Tito-Chruschtschow Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	42
5	<u>Vertrauenskapital</u> Algerien und die Bundesrepublik	47

Anhang:

Zur Lokamentation

1 - 3	<u>Beschlüsse des Landesverbandes Berlin der SPD</u>	105
-------	--	-----

Chefredakteur Günter Markscheffel

(z.Zt. abwesend)

Verantwortlich: Albert Exler

Unnötig

### Zu Grewes Abgesang in Washington

sp - War der schiedende deutsche Botschafter in Washington, Grewe, von allen guten Geistern verlassen, als er einige Bemerkungen über den jetzigen Stand der deutsch-amerikanischen Beziehungen mit deutlicher Spitze gegen die Umgebung des Präsidenten Kennedy machte? Der unglückliche Mann glaubte, gewissen Schichten, wie Intellektuellen und Kreisen an der Ostküste, eine negative Einstellung in der Beurteilung der Deutschen nachsagen zu müssen, und es sei wichtig, diese verborgenen Ressentiments bei den amerikanischen Eggheads (Eierköpfe) zu beseitigen. Jederman weiß, wer damit gemeint ist.

Diese Kritik zielt direkt gegen den Beraterstab um den amerikanischen Präsidenten und bedient sich der Wahlkampfarmentation der rivalisierenden Republikaner. Wollte damit Grewe seinen Ärger über jene einflußreichen, die amerikanische Politik mitformenden Intellektuellen abreagieren? mit denen er, nicht ohne eigene Schuld, nicht so gut zu recht kam? Dieser Mann, der nun als deutscher Botschafter zur NATO überwechselt, hatte schon lange den sicheren Griff und den Überblick verloren. Er hat nicht begriffen und begreifen können, daß mit Kennedy ein neuer und frischer Geist ins Capitol einzog, und daß es nicht allein genügt, ihm und seiner Umgebung in belehrendem Ton Lektionen über die kommunistische Weltgefahr zu erteilen. Als ob Kennedy solcher Belehrungen bedürfte.

Es war gut, daß der Sprecher der Bundesregierung sich von Grewes Äußerungen distanzierte und sein Erstaunen darüber kundtat. Möglicherweise wird dies noch ein Nachspiel haben. Es geht einfach nicht an, in dieser Zeit, in der die Vereinigten Staaten angesichts der beunruhigenden Spannungen in Berlin und neuer zu erwartender Voretüße der Sowjetunion an die Einberufung von 150 000 Reservisten denken, die Saat des Mißtrauens zwischen Bonn und Washington zu sähen. Die deutsche Politik und unsere Existenz ruht auf dem Vertrauen zu Washington, unabhängig davon, welche Partei und welcher Präsident im Capitol regieren. Eine Bruchstückerung dieses Vertrauens wäre geradezu lebensgefährlich.

Grewe wird nun als deutscher Botschafter bei der NATO die Bundesrepublik vertreten. Es fragt sich, ob er nach diesem Abgesang, den er in Washington gab, noch dafür der geeignete Mann ist. In Washington hinterließ er einige Scherben.

### Leise Wahlouvertüren in Bayern

Bw. - Niemand erwartet entscheidende Veränderungen bei der bevorstehenden Landtagswahl in Bayern. Dennoch aber steht ein wahrscheinlich kurzer aber intensiver Wahlkampf bevor. Die CSU erstrebt die absolute Mehrheit, die SPD naturgemäß die Verhinderung einer derartigen Entwicklung durch Stärkung ihrer eigenen Stellung im kommenden Landtag, wobei sie nicht zuletzt auf ihre erfolgreiche und auch populäre Arbeit in den Großstädten und vielen Gemeinden des Landes setzt. In kurzgefaßten und gemeinverständlichen Thesen wird sie sich binnen kurzem an die Öffentlichkeit wenden und unter dem von Waldemar von Knoeringen lancierten Schlagtruf "Mehr Gerechtigkeit" den Versuch unternehmen, die Wähler für eine grundsätzliche Ausrichtung des politischen Lebens im Landesparlament zu gewinnen.

Weniger grundsätzlich, aber zweifellos nicht ohne psychologische Überlegung zeichnet sich schon seit einiger Zeit die indirekte Propaganda der regierenden CSU ab. Minister und Abgeordnete sprechen da und dort von den dringlichen örtlichen Aufgaben, die sie durch Beziehungen und Einfluß gefördert haben oder zu fördern gedenken. Ja, bekannte CSU-Politiker polemisieren sogar öffentlich gegen ... die Oberste Baubehörde über Mehrbauten und Wasserspiegel am oberbayerischen Ammersee, wohl wissend, daß die Anrainer-Bauern den Plan dieser Behörde nicht gerne sehen. Ein neuer Kandidat der CSU führt das Fernsehpublikum in die bayerischen Königsschlösser und vergißt dabei nicht, die großen Verdienste der Dynastie Wittelsbach zu preisen. Er spricht nicht von sich oder gar für sich. Er spricht nur für seine Familie. Der Journalist mit dem klangvollen Namen Prinz Konstantin von Bayern kandidiert nämlich in einem Münchener Wahlkreis. Es war für die CSU nicht ganz leicht, ihn bei ihrem Parteivolk anzubringen. Nur bemüht er sich, nicht nur die Schlösser zu preisen, die seine Vorfahren - allerdings nicht aus eigenen Mitteln - erbauten, sondern mischt sich leutselig bei Bürgerversammlungen unter das gemeine Volk.

Politik allerdings wird anderwärts gemacht, im konservativen Zirkel, genannt "Petra-Kreis" und an Stammtischen, an denen sich CSU-Politiker zusammenfinden, denen eine ultrakonservative Ausrichtung nicht als das richtige Mittel erscheint, die absolute Mehrheit zu erringen. Und auch bei der FDP, die mit seltenem wahlpolitischem Ungeschick eine Art Hexen-

prozess gegen die bisherige Abgeordnete Dr. Hamm-Brücher inszenierte. Frau Dr. Hamm-Brücher ist vorwiegend kulturpolitisch interessiert und gilt als die wohl einzige Vertreterin konsequenter geistiger Liberalität der FDP im bayerischen Landtag. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Auseinandersetzung der bayerischen FDP Chancen bei der Landtagswahl gibt.

Außer der FDP rührt sich auch, allerdings mit gedämpfter Trommel, die seinerzeit durch die Spielbankprozesse schwer in Mitleidenschaft gezogene Bayernpartei. Vor vier Jahren beschwor sie in Plakaten aus Gedenken an die "Verpreußung" der bayerischen Lande seit 1866, mit wahrhaft geringem Erfolg. Diesmal geht man weiter zurück in die bayerische Geschichte und veranstaltet im Voralpengebiet eine Gedenkfeier für einen Freueschaur bayrischer Bayern im Jahre ... 1525. Natürlich galt dieser Freueschaur nicht nur der Heimat sondern auch dem Glauben und dem Landesherren. Bei anderer Gelegenheiten polemisiert derselbe Redner, der Vorsitzende der Bayernpartei Panholzer, gegen den Ankauf von Grundstücken durch "Nichtbayern" und gegen die stammesfremden Volksschullehrer, die auf den flachen Lande angeblich die junge Generation dem bayerischen Volksabstammesein entfremden. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß diese kuriosen Einfälle die Bayernpartei bei der Wahl zu retten in der Lage sein werden.

### Blick auf Belgrad

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Nur langsam geht die politische Sommerpause in Belgrad zu Ende. Vorläufig stehen die innen- und wirtschaftspolitischen Probleme noch im Vordergrund. Der so lange erwartete Entwurf der neuen Verfassung, dessen Fertigstellung sich fast um ein Jahr verzögerte, ist nun den Skupschtina-Abgeordneten zugestellt worden. Schon bei der nächsten Parlamentsitzung soll er erörtert und bei der übernächsten kann wohl verabschiedet werden.

Mag dieses Ereignis bereits im Oktober stattfinden, beansprucht es vorläufig das Interesse diplomatischer Kreise in geringerer Maße als der nun auch zeitlich präzisierte Staatsbesuch des sowjetischen Staatsoberhauptes Breschnjew. Zehn Tage lang, vom 24. September bis zum 4. Oktober, wird Breschnjew in Jugoslawien weilen und damit die seit 1956 offen gebliebene Verpflichtung erfüllen, dem zu jener Zeit stattgefundenen Staatsbesuch Präsident Titos in der Sowjetunion zu erwidern. 1958 wäre es fast

so weit gewesen. Aber der bereits angemeldete Woroschilow ließ sich nach dem als "revisionistisch" geißelten Parteikongreß des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, auf dem das von der kommunistischen Weltbewegung lange Zeit heftig angegriffene neue Parteiprogramm verabschiedet worden war, in allerletzter Minute absagen. Es bedurfte vieler neuer Kontakte auf niedrigerer Ebene, um diese Brückierung vergessen zu machen. Nach vier Jahren ist man nun wieder dort angelangt, wo man 1958 abgebrochen hatte. Der gerissene zwischenstaatliche Besuchsfaden ist wieder für alle Welt deutlich sichtbar geknüpft.

Ob jedoch der Besuch Breschnjews für den sich seit Jahresanfang abzeichnenden Neubeginn der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen tatsächlich von überragender Bedeutung sein kann, wagt man in Belgrad vorerst nicht zu entscheiden. Die zu erörternden Gesprächsthemen sind noch weitgehend unbekannt, wie auch das offizielle Besuchsprogramm vorerst noch gehütetes Geheimnis ist. Viele der einer Lösung harrenden sowjetisch-jugoslawischen Probleme, insbesondere die ideologischen Differenzen, sind so komplex, daß sie von heute auf morgen kaum zu lösen sind. Man kann zwar wie auch bislang über sie stillschweigend hinweggehen. Aber ohne eine zumindest interne Lösung des ideologischen Problems dürfte auf lange Sicht selbst das zukünftige zwischenstaatliche Verhältnis nicht ganz vor neuen Belastungsmöglichkeiten gesichert sein.

Daß viele der gewichtigen Fragen bei einem Treffen Tito - Breschnjew zwar angetastet, aber wohl doch nicht gelöst werden können, ist die in Belgrad vorherrschende Meinung. Gleichviel, wird Breschnjews Staatsbesuch und die damit durchgeführte Tilgung der sowjetischen Besuchsschuld formal den Weg ebnen für das Treffen Tito - Geraschtschow, das spätestens im Frühjahr des nächsten Jahres zustandekommen wird.

### Vertrauenskapital

sp - Was der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Wischnewski vor Bonner Journalisten über Algerien berichtete, ließ aufhorchen. Wischnewski kam gerade von einem 14-tägigen Aufenthalt aus diesem Lande zurück und konnte dort Gespräche mit den politischen Führern aller Schattierungen führen. Seine Eindrücke stimmen nicht ganz mit dem überein, was die deutsche Öffentlichkeit in den letzten Wochen vermittelt bekam. Das Bild weist etwas freundlichere Züge auf, wenngleich die Spuren von Krieg und Revolution sich tief in das Land eingegraben haben. Die Gefahr von Chaos und Anarchie scheint durch den Willen der politischen Elite gebannt zu sein, es nicht so weit kommen zu lassen. Die Flucht von fast einer halben Millionen Franzosen, die an der Schalthebel von Politik und Wirtschaft saßen, blieb freilich nicht ohne folgen-schwere Einwirkungen. Es fehlt in diesem Lande an allen Ecken und Enden aber die Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit mit den Franzosen sind gegeben, und wenn es gelänge, hunderttausend Franzosen zur Rückkehr zu bewegen, könnte sich der Aufbau verhältnismässig rasch vollziehen.

Die Mehrheit der algerischen Führer denkt nicht daran, das Abkommen von Evian preiszugeben und einen Weg einzuschlagen, der das Land weg von Frankreich und in Gegensatz zur gesamten Westwelt führt. Die Kommunisten spielen eine verschwindende Rolle. Sie sind nicht einmal auf der Einheitsliste für das noch im September zu wählende Parlament vertreten, dafür zielt die Liste die Namen von zehn Frauen, eine für einen arabischen Staat wahrhaft revolutionäre Erneuerung.

So bis 60 Prozent der 196 Kandidaten waren in den letzten Jahren in der Bundesrepublik gewesen, als politische Flüchtlinge, als Studenten und als Arbeiter. Sie können als zuverlässige Freunde des deutschen Volkes gelten. Ihr Aufenthalt in der Bundesrepublik war nicht immer leicht zu erreichen und materiell zu sichern. Es gab bei manchen deutschen Stellen überängstliches Zögern. In dem jungen sozialdemokratischen Abgeordneten Wischnewski haben die Algerier einen Freund und Förderer gefunden, der sich mit Eifer ihrer Sache annahm. Heute gehört Wischnewski zu den angesehensten deutschen Politikern in Algerien und zu den stets willkommenen Besuchern. Araber wissen Freundschaften zu schätzen.

Die Bundesregierung tüte gut daran, das Vertrauenskapital, das Wischnewski in Algerien für den deutschen Namen erwarb, sorgsam zu pflegen und es zu vermehren. Das leidgeprüfte algerische Volk steht am Anfang eines steilen Weges, es muß buchstäblich vom Nullpunkt beginnen, und es bedarf großer Hilfe. Wir sollten sie im Rahmen des Möglichen gewähren. Und auch mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen sollte nicht gezögert werden, sobald Algerien nach den Wahlen eine handlungsfähige Regierung besitzen wird. Pankow macht große Anstrengungen, in diesem Land, dessen Bedeutung für die Entwicklung in Nordafrika schon durch seine Größe und durch die Tüchtigkeit und Intelligenz seiner Bewohner gegeben ist, ins Spiel zu kommen. Die Bundesrepublik als freier Teil des deutschen Volkes liegt hier im Vorteil. Ihr gehören die Sympathien der algerischen Revolutionäre. Dieses unbespreitbare Faktum gilt es als Gewinn zu nutzen.

+ + +

Anhang

Zur Dokumentation

Beschlüsse des Landesverbandes Berlin der SPD

Die Führungsgremien des Landesverbandes Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands - Landesvorstand, Erweiterter Landesauschuß, Fraktionsvorstand, Bundestagsabgeordnete und Senatsmitglieder - haben am 8. September 1962 in einer Klausurtagung folgende Erklärung beschlossen:

1. Die Lage Deutschlands und vor allem Berlins ist in den vergangenen Monaten schwieriger geworden. Die Grundsatzforderung nach gemeinsamen Handlungen und gemeinsamen Leistungen hat sich als richtig erwiesen und wird unverändert und erneut erhoben.

In der Außenpolitik hat alles zu unterbleiben, was unnötige Spannungen und Mißverständnisse innerhalb des westlichen Bündnissystems hervorruft. Es ist eine ermutigende Tatsache, daß es weder im deutschen Volk noch innerhalb des Bundestages eine Mehrheit für den Ausschluß Englands aus dem Werk der europäischen Einigung gibt.

Die Aussöhnung mit Frankreich ist besonders zu begrüßen, aber sie kann nur ein Bestandteil der Zusammenarbeit aller europäischen Völker sein.

Der Ausbau der atlantischen Partnerschaft mit den USA darf durch die Entwicklung in Europa nicht gehemmt werden.

2. Deutsche Initiativen zur Entlastung und Stärkung Berlins sind notwendig.

Die deutsche Politik darf sich nicht länger dem Zwang entziehen, eigene Vorstellungen über die Grundsätze eines Friedensvertrages zu entwickeln und darüber eine Verständigung mit den Pariser Vertragsmächten herbeizuführen.

Die Bundesregierung sollte den Vorschlag auf Einberufung einer Friedenskonferenz unterstützen und auf dieser eine Regelung auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts für Deutschland anstreben.

Die verletzten Menschenrechte verlangen eine offensive Haltung: Die Weltöffentlichkeit ist stärker aufzuklären. Die begrüßenswerte Eingabe des Kuratoriums Unteilbares Deutschland bei den Vereinten Nationen kann nur ein Anfang sein.

Die Bildung einer Sonderkommission der Vereinten Nationen ist anzustreben.

Es gibt auch weiterhin keine Alternative zu der Forderung nach Verhandlungen zur Lösung der strittigen Fragen. Der amerikanische Vorschlag einer internationalen Zugangsbörde sollte dabei erneut aufgegriffen werden.

3. Das Ziel der sowjetischen Politik ist unverändert: West-Berlin soll auf dem Wege über eine sogenannte "freie, entmilitarisierte Stadt" erobert werden.

die Teilung Deutschlands soll durch einen Separat-Friedensvertrag mit der Zone zementiert werden.

Es ist damit zu rechnen, daß die Sowjetunion auch künftig durch einseitige Akte diesen Zustand vorweg nehmen will. Das sichtbarste Beispiel dieser Taktik ist die unter Bruch gültiger Abkommen errichtete Mauer.

Berlin wird auch die neue Phase schwerer Belastungen durch Standfestigkeit, Härte und eigene Initiative bestehen.

Die westlichen Schutzmächte haben drei Garantien gegeben:

1. Die Anwesenheit ihrer Truppen
2. Den ungehinderten Zugang und
3. Die Lebensfähigkeit der Stadt.

Diese Garantien gelten nur für Westberlin.

4. Die politische Verantwortung der vier Mächte für ganz Berlin und ganz Deutschland kann nicht durch sowjetische Rechtsbrüche beendet werden. Dennoch muß ohne Illusionen erkannt werden, daß sich die Westmächte gegenwärtig nicht in der Lage sehen, ihre Mitverantwortung im Ostteil der Stadt wahrzunehmen.

Solange die rechtsgültigen Viermächte-Vereinbarungen von der Sowjetunion verletzt werden, solange der Ostsektor der Stadt widerrechtlich von dem Zonenregime annektiert ist, muß Westberlin eindeutig eine Stadt des Westens sein. Die Sowjetunion darf keine Rechte in Westberlin ausüben, die nicht auch den Westmächten im Ostsektor der Stadt zugestanden werden.

Das bedeutet:

Wir lehnen einen Viermächte-Status allein für Westberlin ab. Es muß dafür gesorgt werden, daß das umfangreiche Gelände der ehemaligen Reichsbahn nicht länger die Sicherheit Westberlins gefährdet.

Je mehr Viermächte-Abkommen für ganz Berlin verletzt werden, desto stärker muß Westberlin mit dem größten Teil des freien Deutschland verbunden werden.

Die besondere Verantwortung der drei Mächte steht nicht im Gegensatz zu der Forderung des Bundespräsidenten, jeder habe sich so zu verhalten, als ob das Schicksal Berlins allein deutsche Verantwortung sei. Diese Forderung gilt auch für die Bundesregierung. Jede andere Haltung führt zu einer Entnationalisierung Westberlins und liegt im Sinne der sowjetischen Freistadtforderung.

5. Solange die Mauer steht und es keine Freizügigkeit in Berlin gibt, bleibt die Aufgabe, wenigstens einen begrenzten Personenverkehr zwischen den beiden Teilen der Stadt zu erreichen. Es geht zunächst um Familienzusammenführung und Besuche engster Familienangehöriger. Dabei sind die Bemühungen des Internationalen Roten Kreuzes ohne Vorbehalt zu unterstützen.

6. Nerven und Geduld der Berliner Bevölkerung sind in den vergangenen Wochen neuen starken Belastungen ausgesetzt gewesen. Dabei wurde nicht überall erkannt, daß das Wohl der Stadt, auch im Interesse unserer Mitbürger in Ostberlin höher steht als unser Hass gegen die Mauer.

Freund und Feind, Ursache und Wirkung unserer Schwierigkeiten dürfen nicht verwechselt werden. Das normale Leben in unserem Teil der Stadt muß weitergehen, bis die Mauer fällt.

Wir brauchen Nüchternheit und Leidenschaft zu gleichen Teilen. Im festen Vertrauen zu den befreundeten Schutzmächten werden wir die Zukunft unserer Stadt sichern.

7. Die Führungsgremien der Berliner Sozialdemokratie haben ihre Freunde im deutschen Bundestag, im Berliner Abgeordnetenhaus und im Senat von Berlin beauftragt, die sich aus diesen Forderungen ergebenden Einzelaktionen in die Wege zu leiten.

+ + +